

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
Ausarbeitung eines Maßnahmenpakets zur Verbesserung der psychischen
Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für die Ausarbeitung eines Maßnahmenpakets zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen einzusetzen, das insbesondere folgende Punkte enthält:

- Ausbau der kassenfinanzierten Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche
- österreichweite Aufstockung des psychosozialen Unterstützungspersonals in Schulen
- verstärkter Fokus auf Gesundheitsprävention und Resilienzförderung in der Schule
- Aufnahme der Beratung durch klinische Psychologinnen und Psychologen in das ASVG

Begründung

Die COVID-19-Pandemie war für Kinder und Jugendliche mit Homeschooling, weniger Freizeit- und Vereinsaktivitäten und damit auch mit verminderten Sozialkontakten verbunden. All das hatte massive Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Das belegen zahlreiche internationale, aber auch nationale Studien, wie etwa eine im Februar durchgeführte Studie der Donau Universität Krems: Demnach weisen mehr als die Hälfte der Jugendlichen depressive Symptome auf, ebenfalls etwa die Hälfte der Jugendlichen leiden unter Ängsten und ein Viertel unter Schlafstörungen. 16% der Jugendlichen gaben an, dass bei ihnen regelmäßig suizidale Gedanken auftreten. Auch die Krisenhilfe Oberösterreich berichtet über einen Anstieg an mobilen Einsätzen in Schulen aufgrund von Suizidalität. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

Die unterzeichneten Abgeordneten sprechen sich daher für ein bundesweites Maßnahmenpaket zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus. Konkret soll dieses etwa die Aufstockung des psychosozialen Unterstützungspersonals an Schulen beinhalten. Psychische Gesundheit, Gesundheitsprävention sowie Resilienzförderung sollen verstärkt unter Beiziehung von PsychologInnen und mobilen, psychosozialen Teams im Unterricht behandelt werden. Zudem muss die Anzahl vollfinanzierter Therapieplätze, insbesondere für Kinder und Jugendliche, im niedergelassenen Bereich in Österreich ausgebaut werden, um teils monatelanges Warten auf eine Psychotherapie zu verhindern.

Auch die niedergelassenen klinischen Psychologinnen und Psychologen verzeichnen seit Herbst 2020 einen Anstieg bei Anfragen aus der Bevölkerung wegen psychischer Probleme. Da leider häufig auch Kinder und Jugendliche betroffen sind, die zwar dringend psychologische Unterstützung brauchen würden, denen der Zugang aber verwehrt bleibt, da

es sich bei diesem Angebot um keine Kassenleistung handelt und sie bzw. deren Eltern dieses privat aber oft nicht finanzieren können, ist es dringend notwendig, die Beratung durch klinische Psychologinnen und Psychologen in das ASVG aufzunehmen, wodurch eine Abrechnung mit der Sozialversicherung erfolgen könnte.

So soll sichergestellt werden können, dass Betroffene die für sie passende Behandlungsvariante (psychotherapeutische oder psychologische Unterstützung) wählen können und somit das für sie notwendige Angebot niederschwellig zugänglich gemacht werden kann.

Linz, am 5. Juli 2021

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Margreiter, Lindner, Weichsler-Hauer, P. Binder, Knauseder, Krenn, Müllner, Peutlberger-Naderer, Promberger, Schaller, Strauss

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Frauscher, Hingsamer, Raffelsberger, Hattmannsdorfer, Stanek, Froschauer, Aspalter, Kölblinger, Oberlehner

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Wall, Nerat, S. Binder, Gruber

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Schwarz, Hirz, Mayr, Bors